

titel

Vorteile für Befürworter der Unternehmenssteuerreform – Ablehnung der Kampfjetlärm-Initiative zeichnet sich ab

Medienbericht zur "Trendstudie Unternehmenssteuer &
Kampfjetlärm-Initiative" im Auftrag der SRG SSR idée suisse

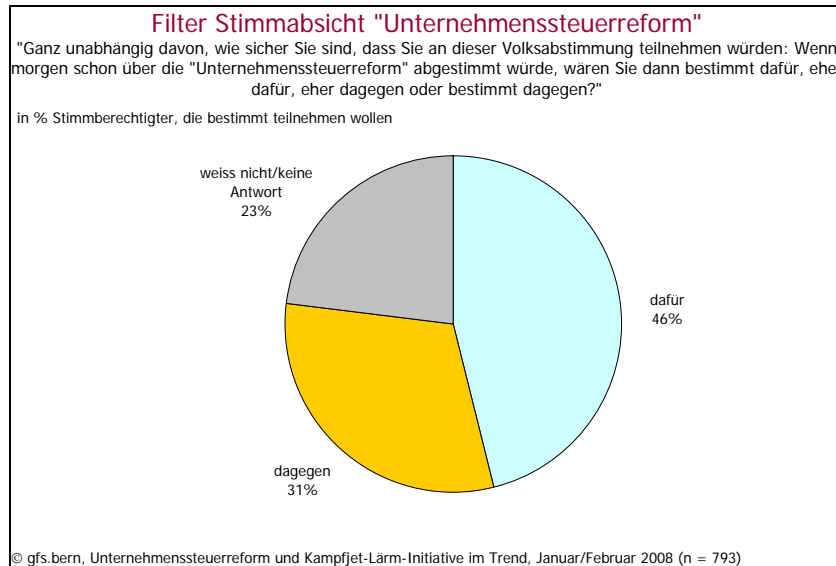
Projektteam:
Claude Longchamp, Politikwissenschaftler
Matthias Bucher, Sozialpsychologe
Stephan Tschöpe, Datenanalytiker/Programmierer
Silvia Ratelband, Administratorin



Headlines

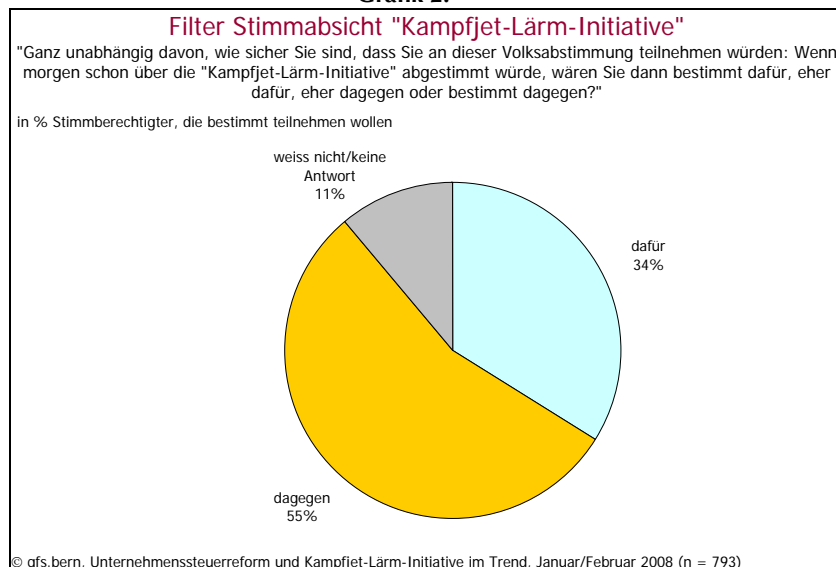
- Relative, aber keine absolute Mehrheit für Unternehmenssteuerreform;
- Ausgang der Abstimmung offen, aber mit Vorteilen für Ja-Seite

Grafik 1:

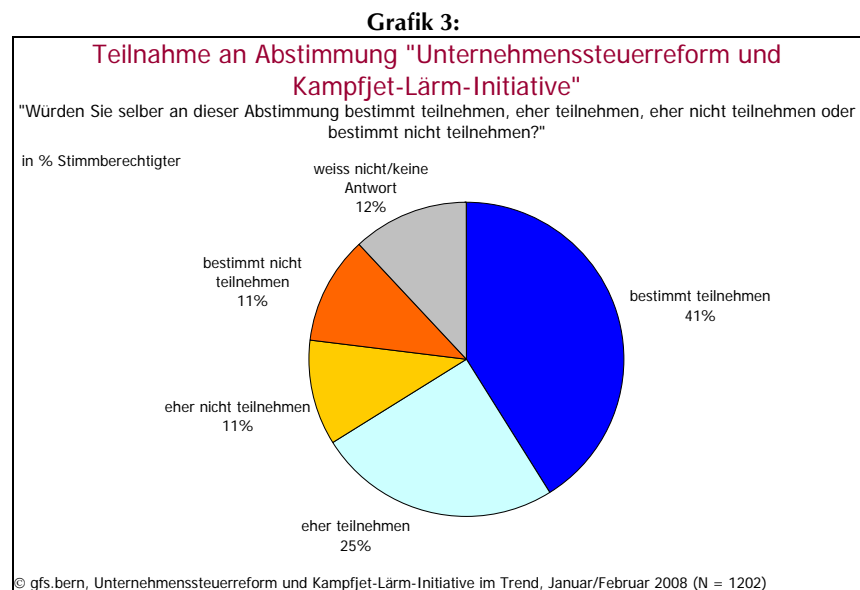


- Mehrheit gegen Kampfjetlärm-Initiative;
- Ablehnung wahrscheinlich

Grafik 2:



- Beteiligungsabsichten heute leicht unterdurchschnittlich



- Zitierweise: Repräsentativ-Befragung von 1202 stimmberechtigten BürgerInnen zwischen dem 28. Januar und 02. Februar 2008 für die SRG SSR Idée suisse Medien durchgeführt durch das Forschungsinstitut gfs.bern

Technischer Kurzbericht

Grundgesamtheit:	Stimmberechtigte in der ganzen Schweiz
Erhebungsart:	computerunterstützte Telefoninterviews
Stichprobenbildung:	sprachregional geschichtete, doppelte Zufallsauswahl (Haushalte, BewohnerInnen)
Befragungszeitraum:	28. Januar bis 2. Februar 2008 Mittlerer Befragungstag: 29. Januar 2008
Stichprobengrösse:	1202
Stichprobenfehler:	+/- 2.9 Prozentpunkte bei 50/50
Verwendbarkeit:	exklusiv für SRG SSR, Sperrfrist: 07.02.2008, 18:00

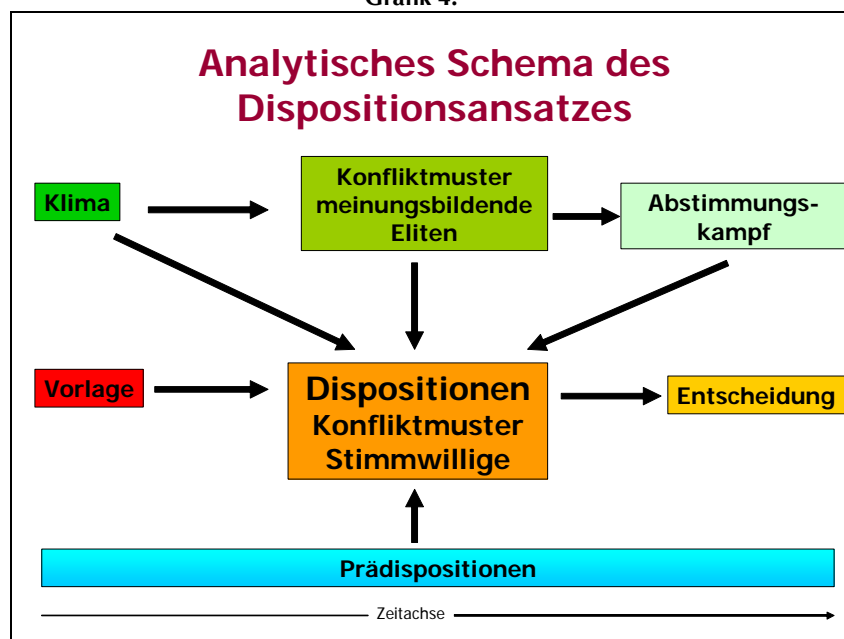
Das Studiendesign

Die Schweiz stimmt am 24. Februar 2008 über zwei Vorlagen ab:

- Über das Gesetz zur Unternehmenssteuerreform II, das die bisherige Besteuerung der ausgeschütteten Unternehmensgewinne mildern sowie die Neuausrichtung eines Betriebs und die Nachfolge steuerlich erleichtern will.
- Über die Kampfjetlärm-Initiative, die Übungsflüge der schweizerischen Luftwaffe mit Kampfjets in allen touristisch genutzten Erholungsgebieten der Schweiz unterbinden will.

Untersucht wurden die vorläufigen Stimmabsichten rund einen Monat vor der Volksabstimmung. Der mittlere Befragungstag war der 29. Januar 2008. Die Ergebnisse, die ermittelt wurden, stellen eine Momentaufnahme nach Einsetzen des Abstimmungskampfes ein, sind aber direkt keine Prognose.

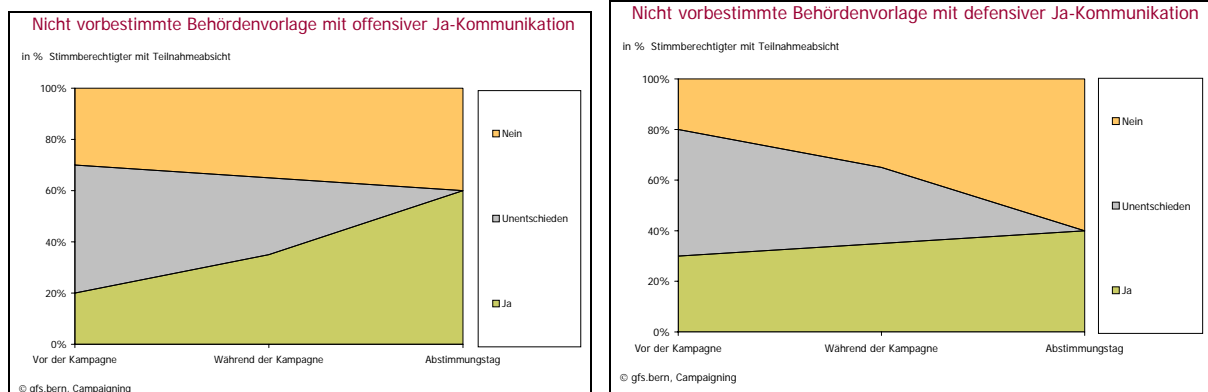
Grafik 4:



Der von uns speziell für die Analyse von Abstimmungsentscheidungen entwickelte Dispositionsansatz legt die folgenden Erwartungen über den (weiteren) Verlauf der Meinungsbildung nahe:

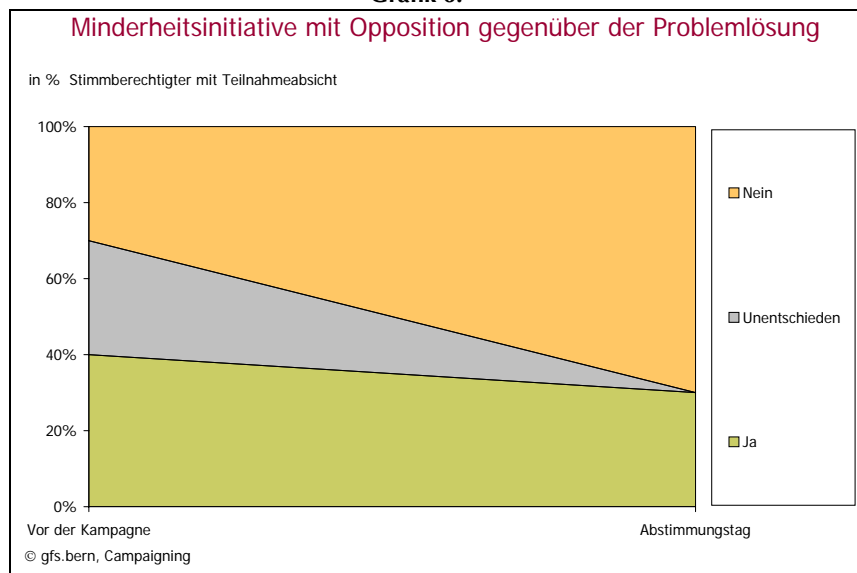
- Behördenvorlagen wie die Unternehmenssteuerreform: Es besteht keine verbreitete Vorentscheidung bei den Stimmabsichten vor dem Abstimmungskampf. Das Thema ist (ausserhalb der direkt-betroffenen AktionärInnen) weder ein dauerhaftes Alltagsproblem, noch hat die Entscheidung im Parlament in der Medienöffentlichkeit breite Wellen geworfen. Es bestehen deshalb ausser bei den politisch hoch involvierten BürgerInnen keine gefestigten vorläufigen Stimmabsichten. Sie bauen sich vielmehr erst im Abstimmungskampf auf. Je nach Aktivität während den letzten Wochen, die auf die Unterstützung der Parteien und die Propagierung zentraler Botschaften zählen kann, entwickelt sich die Meinungsbildung in die eine oder andere Richtung. Unentschiedene verteilen sich in einem nicht eindeutig festgelegten Schlüssel auf beide Seiten.

Grafik 5:



- Volksinitiative wie die Kampfjetlärm-Initiative: Das generelle Problem ist auch ausserhalb der direkten Betroffenheit bekannt. Es führt zu vorläufigen Stimmabsichten, die meist in Richtung des Anliegens der Volksinitiative weisen. Doch sind das noch nicht gefestigte Meinungen. Während des Abstimmungskampfes werden vor allem die Einwände wie die Konsequenzen der Entscheidung kommuniziert, sodass die eigentliche Meinungsbildung erst damit einsetzt. Die Gegnerschaft einer Initiative hat es einfacher, da sie ausserhalb der direkt Betroffenen mit dem Status Quo und den Ängsten vor der Veränderung punkten kann. Die anfänglich meist geringe Ablehnungsbereitschaft nimmt im Abstimmungskampf zulasten der Unschlüssigen zu, und selbst die vorläufige Zustimmungsbereitschaft reduziert sich meistens. Die Befürwortung ist deshalb am Abstimmungstag in der Regel geringer als vor und während des Abstimmungskampfes.

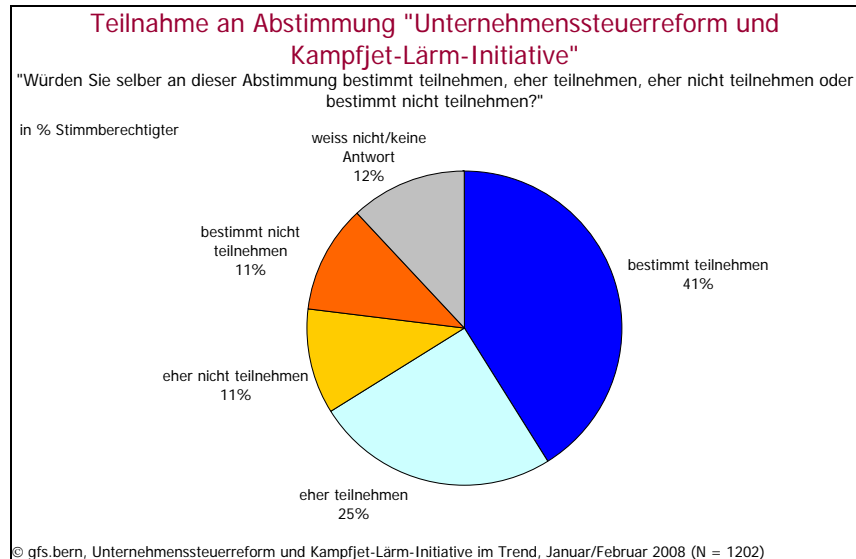
Grafik 6:



Beteiligungsbereitschaft an den Volksabstimmungen

Zum Zeitpunkt der Befragung hätten sich 41 Prozent der Stimmberechtigten an den Volksabstimmungen beteiligt. Das entspricht einem leicht unterdurchschnittlichen Wert für Abstimmungen in der Schweiz.

Grafik 7:



Die Beteiligungsabsichten sind gegenwärtig in der Romandie leicht überdurchschnittlich und in der deutschsprachigen Schweiz etwas unter dem Mittel.

Am besten motiviert, abstimmen zu gehen, sind die WählerInnen der FDP und der SP, am wenigstens jene der CVP und die Parteiungebundenen.

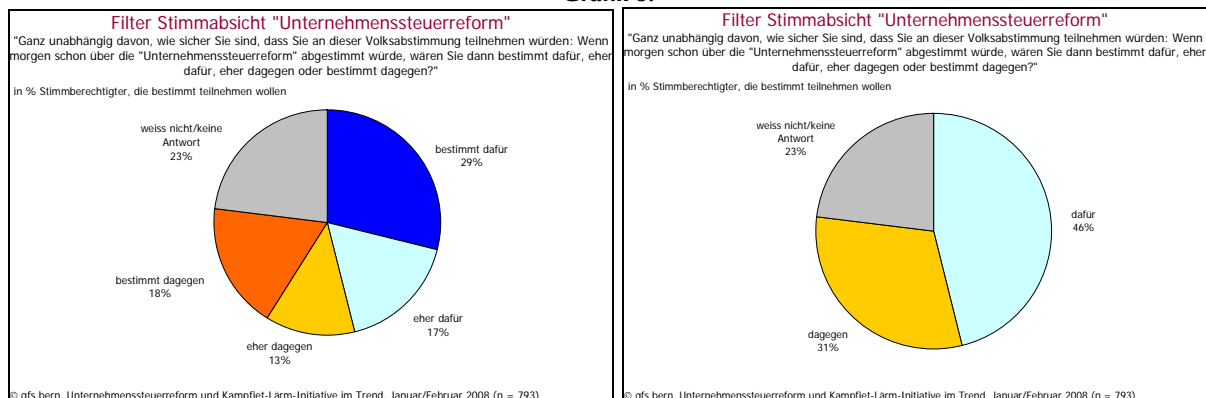
Die Unternehmenssteuerreform

Die vorläufigen Stimmabsichten

Wäre am 29. Januar 2008 über die Unternehmenssteuerreform entschieden worden, hätten sich

- 46 Prozent bestimmt oder eher dafür,
- 31 Prozent bestimmt oder dagegen entschieden, und
- wären 23 Prozent der beteiligungswilligen BürgerInnen unschlüssig gewesen.

Grafik 8:

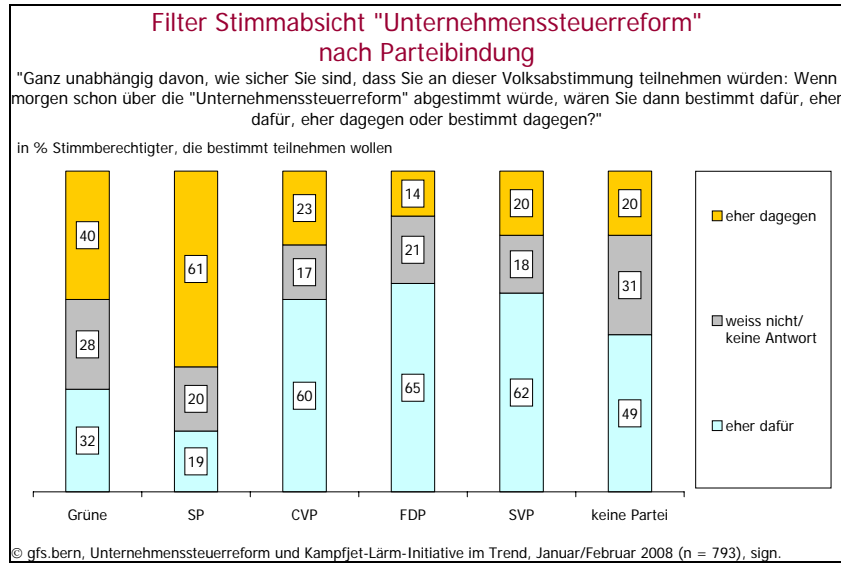


Der Anteil der Unschlüssigen ist für den Zeitpunkt der Befragung über dem Mittel hoch. Das spricht dafür, dass die Meinungsbildung noch im Gange ist. In die gleiche Richtung weist das Ergebnis, dass nur 47 Prozent der beteiligungsbereiten Stimmberechtigten eindeutige Stimmabsichten dafür oder dagegen haben.

Das vorläufige Konfliktmuster

Vier der sieben untersuchten, häufig vorkommenden Merkmalsgruppen zeigen statistisch signifikante Unterschiede: genannt seien die Parteibindungen, die Sprachregion und das Geschlecht.

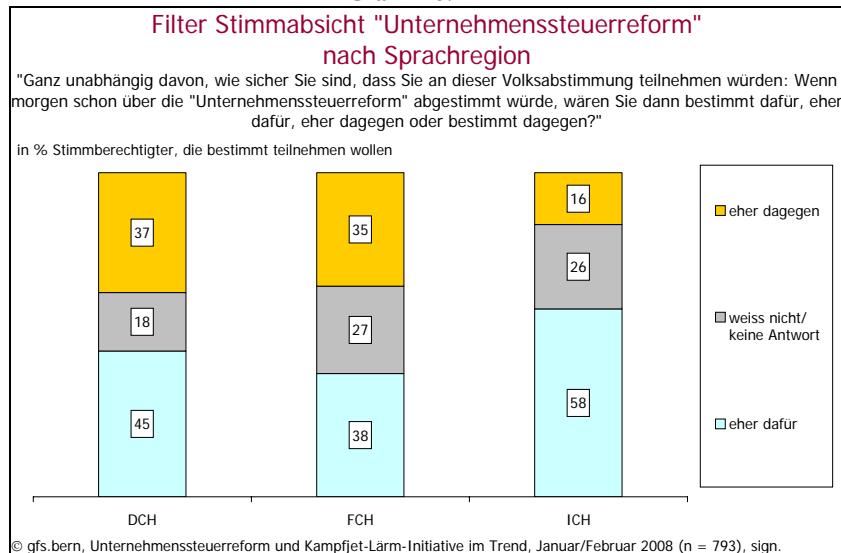
Grafik 9:



Das bürgerliche Lager tritt in seiner Mehrheit geschlossen auf. Mindestens 60 Prozent der SVP-, FDP- resp. CVP-Wählerschaft wollte zum Zeitpunkt der Befragung der Unternehmenssteuerreform zustimmen.

Auch bei den parteipolitisch ungebundenen BürgerInnen geht die Tendenz in diese Richtung. An der SP-Basis will eine absolute Mehrheit Nein stimmen. Bei den Grünen ist das nur tendenziell der Fall.

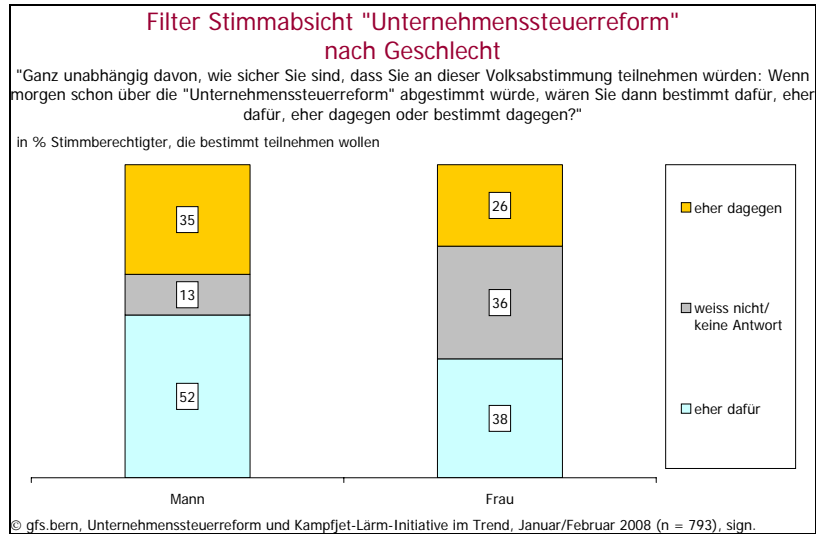
Grafik 10:



Im Tessin ist die Zustimmungsbereitschaft mehrheitlich gegeben. Das ist in den beiden anderen Sprachregionen nicht der Fall; da gleichen die Verhältnisse dem gesamtschweizerischen Mittel.

Bei den Frauen sind klar über dem Mittel mehr Teilnahmewillige unschlüssig, wie sie sich bei der Unternehmenssteuerreform entscheiden sollen.

Grafik 11:



Die Argumentebewertung

Das populärste Argument, das zur Unternehmenssteuerreform gegenwärtig in Diskussion ist, betrifft die steuerliche Entlastung der KMUs. 81 Prozent befürworten das voll oder teilweise. Damit hat die Ja-Seite die wichtigste Basis für den Abstimmungskampf in ihrem Sinne gelegt. Mehrheitliche 62 Prozent gehen zudem davon aus, dass die USR II für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze gut ist. 58 Prozent sind zudem der Auffassung, der internationale Steuerwettbewerb zwingt die Schweiz zu Reformen wie jenen bei den Unternehmen.

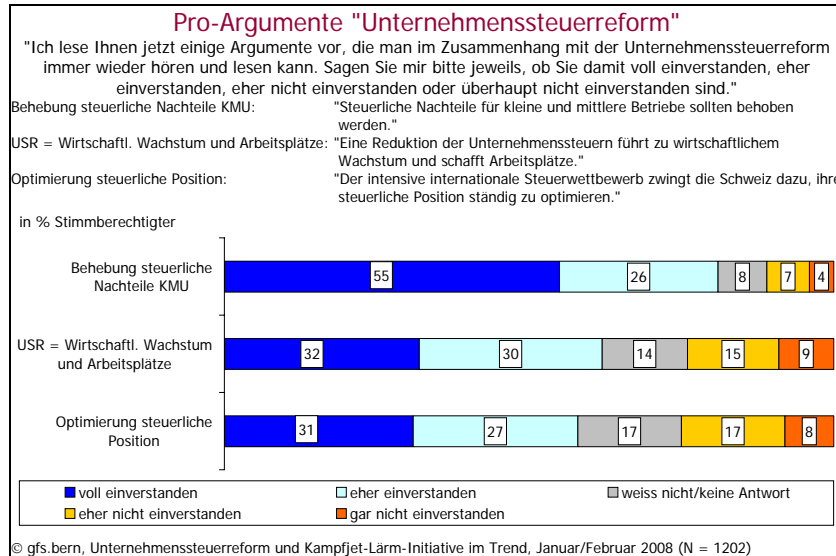
Grafik 12:

Bewertung der Argumente Pro und Contra aufgrund der Mehrheitsfähigkeit

Zustimmung	Ja-Seite	Nein-Seite
Mehrheit	<ul style="list-style-type: none"> • Behebung steuerlicher Nachteile • Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze • Optimierung im Steuerwettbewerb 	<ul style="list-style-type: none"> • Firmen, nicht Aktionäre entlasten
Minderheit		<ul style="list-style-type: none"> • Leistungsabbau • ungerecht

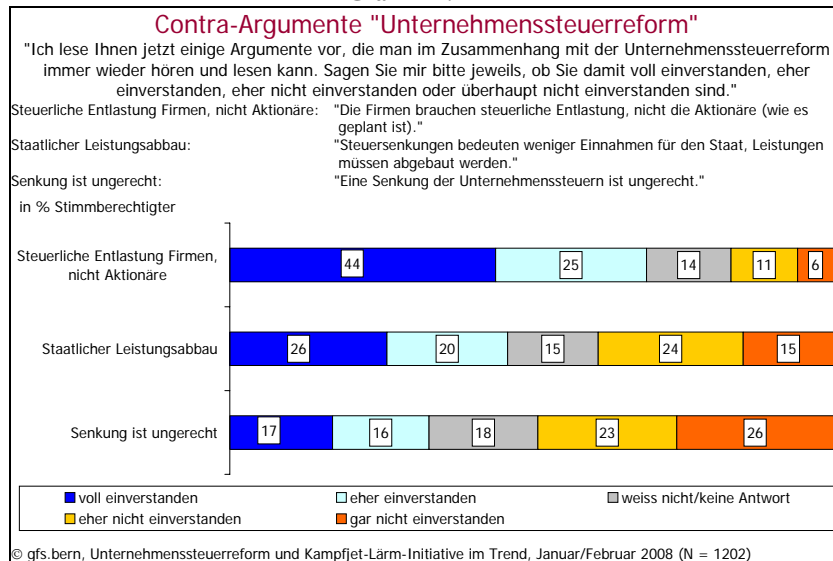
Von den untersuchten Nein-Argumenten ist eines mehrheitsfähig. Es betrifft wiederum die Firmenförderung. Demnach hätte die Unternehmenssteuerreform jedoch primär die Unternehmen, nicht die Aktionäre steuerlich begünstigen sollen. 69 Prozent sind dieser Auffassung.

Grafik 13:



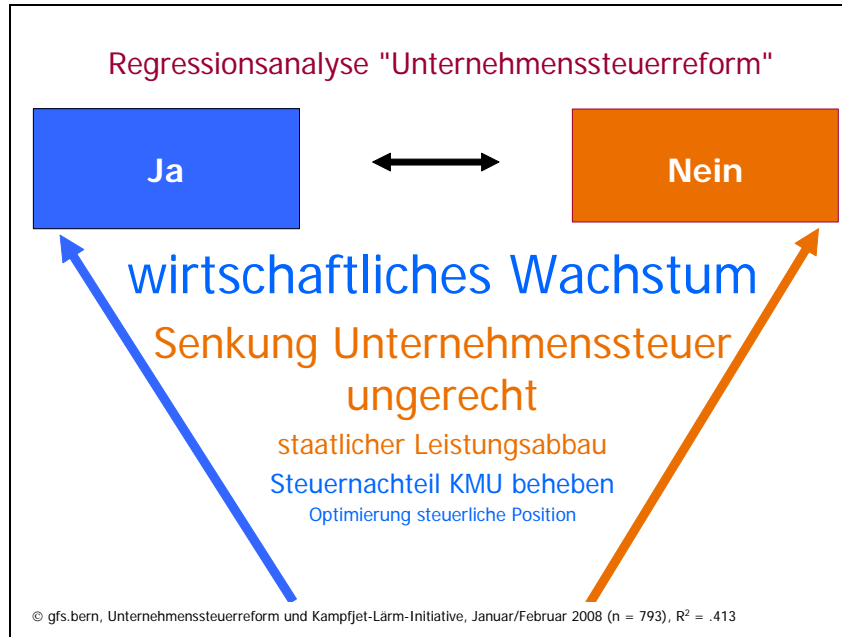
Nur eine relative Mehrheit von 46 Prozent rechnet mit Konsequenzen bei den staatlichen Leistungen, wenn die USR II angenommen wird. 33 Prozent zeichnen sich als fundamentale Gegner aus, die jede Form der Steuererleichterung für Unternehmen für ungerecht halten. Hier widersprechen 49 Prozent ausdrücklich.

Grafik 14:



Seitens der BürgerInnen haben die positiven Aussichten für die Wirtschaftsentwicklung, die mit der Vorlage verbunden werden, bisher am stärksten meinungsbildend gewirkt. In Kenntnis der Meinungen hierzu, kann man am besten vorhersagen, ob jemand ein Befürworter oder ein Gegner der Vorlage ist.

Grafik 15:



Die Ungerechtigkeitsfrage polarisiert am zweit meisten. Da die Mehrheit aber nicht den Opponenten folgt, wirkt sich die Verwendung des Argumentes als Bumerang aus. Schliesslich wirken die Einwände der Gegnerschaft zum staatlichen Leistungsabbau auf die Meinungsbildung. Die befürwortende Wirtschaftsargumentation wird noch durch die Vorteile für die KMU etwas verstärkt, und auch die Steuerwettbewerbsbotschaft wirkt in die gleiche Richtung. Keine eigentliche Entscheidungswirkung können wir dagegen beim Argument nachweisen, dass man das falsche Modell gewählt habe. Es wird sowohl von BefürworterInnen und Gegnern unterstützt, ohne dass man sich deswegen eindeutig auf die Nein-Seite stellt.

Die Analyse der Argumente führt zu einem recht eindeutigen Schluss: Die Ja-Seite hat mehrere mehrheitsfähige Botschaften und sie haben bisher alle eine gewisse Entscheidungswirkung entwickelt. Umgekehrt hat die Opposition nur mit Botschaften die Meinungsbildung beeinflusst, die nicht mehrheitsfähig sind.

Grafik 16:

**Parteispezifische Wirkungen der Argumente
USR**

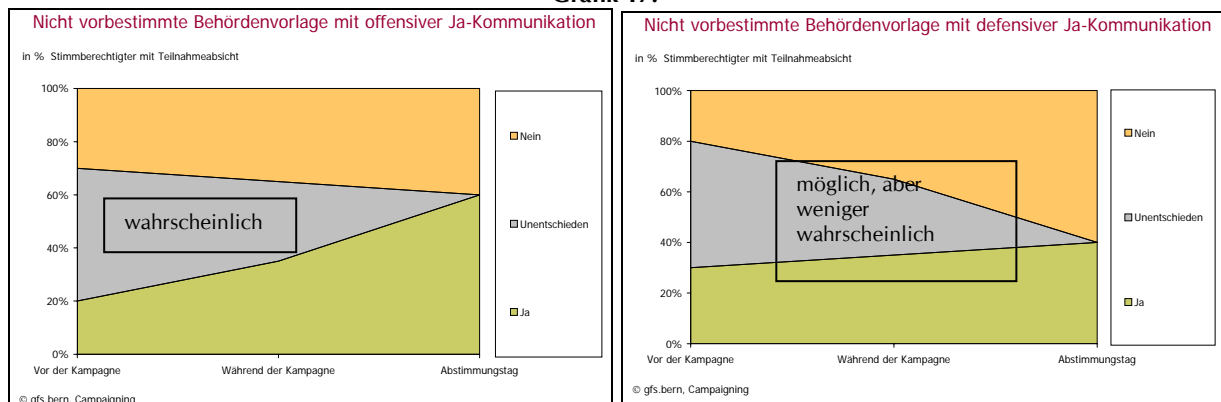
Argument	Grüne	SP	Unge- bundene	CVP	FDP	SVP
KMU	n.s.	schwach positiv	stark positiv	n.s.	stark positiv	mittel positiv
Wirtschaftswachstum	n.s.	mittel positiv	mittel positiv	stark positiv	mittel positiv	sehr stark positiv
Steuerwettbewerb	n.s.	n.s.	schwach positiv	n.s.	n.s.	n.s.
Firmen entlasten	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Leistungsabbau	mittel negativ	mittel negativ	n.s.	mittel negativ	n.s.	n.s.
Ungerecht	stark negativ	stark negativ	mittel negativ	mittel negativ	mittel positiv!	mittel positiv

Auf die verschiedenen Parteien herunter gebrochen kann man sagen, dass die Aussichten für die Wirtschaftslage generell am meisten wirken und selbst im Lager der ungebundenen und der SP für eine gewisse Zustimmung sorgen. Beschränkt gilt das auch für die KMU-Politik, die mit der Vorlage betrieben wird. Der staatliche Leistungsabbau wirkt sich Mitte/Links gegen die Vorlage aus, während die Plakatierung der Ungerechtigkeit im liberalkonservativen Lager zu einer Gegenreaktion führt, die Vorlage erst recht zu unterstützen.

Das Fazit:

Fasst man das zentrale Konfliktmuster und die Botschaftsanalyse als mögliche Erklärungen der bisherigen Stimmabsichten zur Unternehmenssteuerreform zusammen, kann man folgenden Schluss ziehen:

Grafik 17:



Die Entscheidung ist noch nicht definitiv gefallen. Der Ausgang ist an sich offen. Die Ja-Seite hat aber klare Vorteile: Erstens will das befürwortende bürgerliche Lager mehrheitlich für die Unternehmenssteuerreform stimmen. Zweitens trifft sie mit der allgemeinen und KMU-spezifischen Wirtschaftsargumentation die Grundstimmung. Die Gerechtigkeitsfrage,

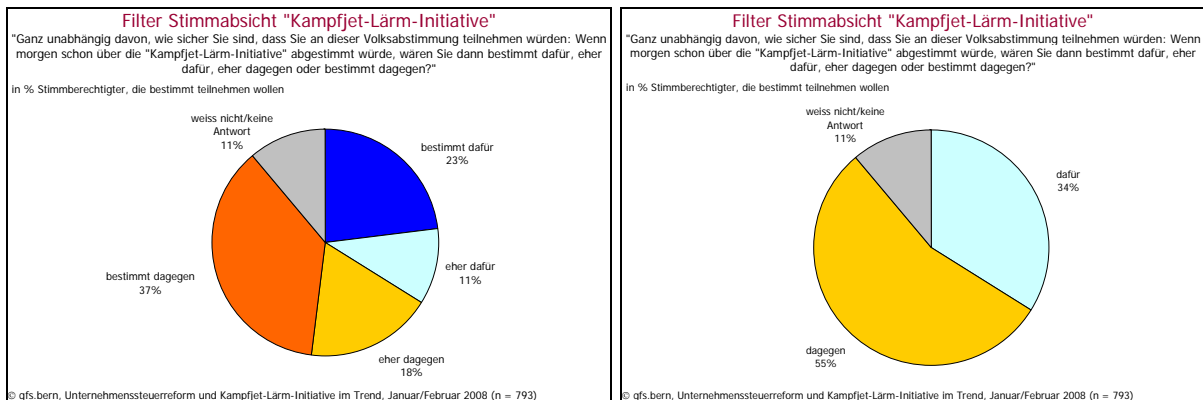
die von der Gegnerschaft pointiert vorgebracht wird, polarisiert zu stark. Besser noch sind die Bedenken wegen Steuerausfällen. Dennoch konzentriert sich die Ablehnung weitgehend auf das rot-grüne Lager, erweitert um Minderheiten bei ungebundenen BürgerInnen und im politischen Zentrum.

Kampfjetlärm-Initiative

Die vorläufigen Stimmabsichten

Wäre schon Ende Januar 2008 über die Kampfjetlärm-Initiative abgestimmt worden, wäre sie deutlich abgelehnt worden. 54 Prozent der Stimmberechtigten, die fest vorhaben, an der Abstimmung vom 24. Februar teilzunehmen, geben an, bestimmt oder eher gegen die Initiative stimmen zu wollen, 34 Prozent wollen sie eher oder sicher annehmen. Unentschieden zeigen sich lediglich 11 Prozent.

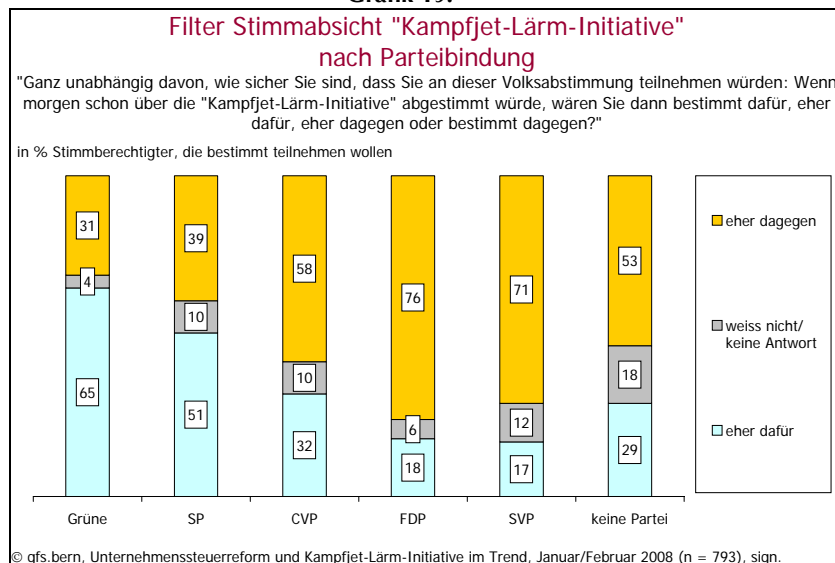
Grafik 18:



Das vorläufige Konfliktmuster

Das vorläufige Konfliktmuster bei der Kampfjetlärminitiative folgt in erster Linie dem bekannten Links-Rechts-Gegensatz. In der Beurteilung der Initiative finden sich aber auch durch das Alter, die Bildung, das Geschlecht, die Siedlungsart und die Sprachregion bedingte Unterschiede. Von den geprüften soziodemographischen Merkmalen ohne Einfluss zeigt sich lediglich das Haushaltseinkommen.

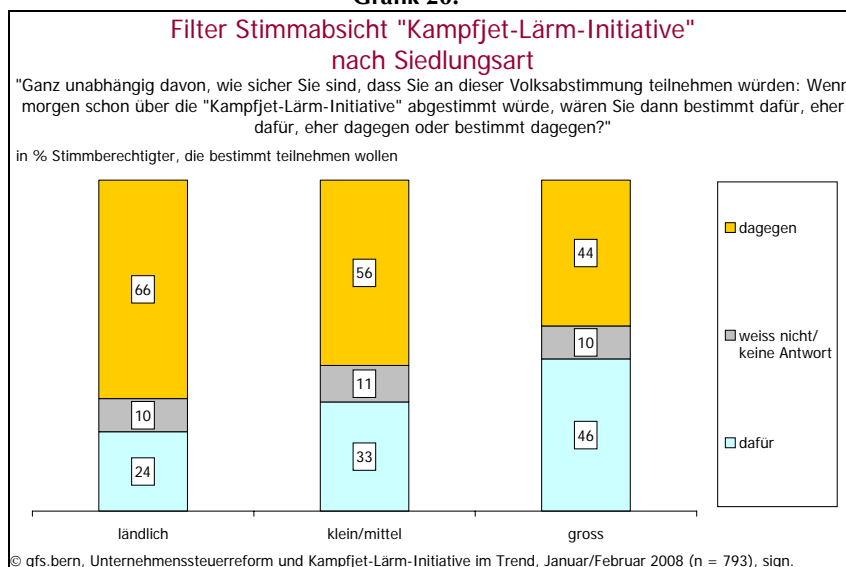
Grafik 19:



Im Einklang mit den Parteiparolen klar und in absoluten Mehrheiten für die Initiative sind die AnhängerInnen und Anhänger der Grünen und der SP, die mit 65 Prozent bzw. 51 Prozent für die Initiative stimmen wollen. Gegen die Vorlage eingestellt sind bei den Grünen 31 Prozent, bei der SP 39 Prozent.

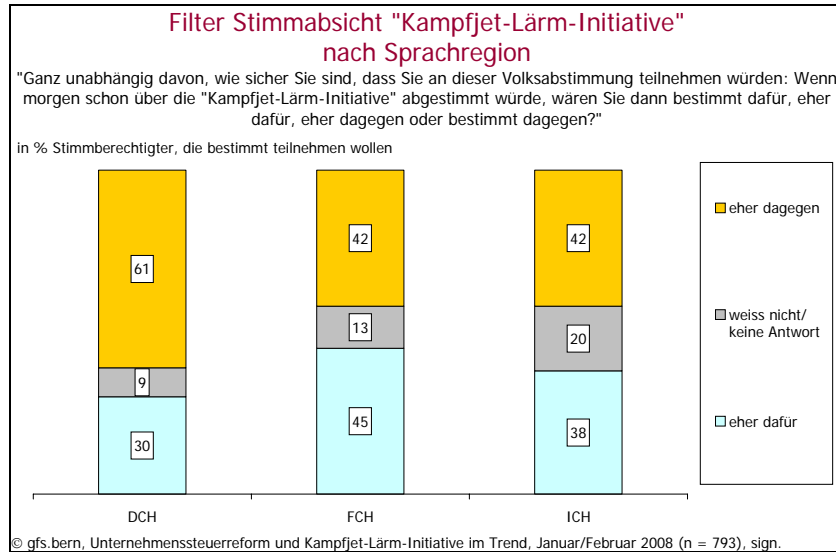
Ebenso eindeutig ist demgegenüber die Ablehnung unter den Sympathisantinnen und den Sympathisanten der bürgerlichen Parteien. Mit 76 Prozent ist die Gegnerschaft am stärksten bei der FDP, dicht gefolgt von der SVP, deren Basis die Vorlage mit einer Mehrheit von 71 Prozent ablehnt. Etwas weniger einig sind sich die der CVP Zugewandten. Zwar ist auch hier eine absolute Mehrheit von 58 Prozent gegen die Initiative, jede/r Dritte will aber ein „Ja“ in die Urne legen. Auch mehrheitlich mit „Nein“ wollen die Parteiungebundenen stimmen, in dieser Gruppe gibt es mit 18 Prozent aber noch die meisten Unentschlossenen.

Grafik 20:



Bei der Siedlungsart findet sich die höchste Ablehnungsabsicht auf dem Land, wo zwei von drei mit „Nein“ stimmen wollen. Das ist signifikant mehr als in den Agglomerationen, wo sich aber mit 56 Prozent auch eine absolute Mehrheit gegen die Initiative ausspricht. Umstritten ist das Vorhaben, Übungsflüge von Kampfjets in touristisch genutzten Gebieten zu unterbinden, in den städtischen Zentren des Landes. Hier findet sich mit 46 Prozent sogar eine knappe relative Mehrheit für die Initiative, der aber mit 44 Prozent ein annähernd gleich grosser Anteil an GegnerInnen gegenübersteht.

Grafik 21:



Bedeutsam ist der Gegensatz zwischen der deutschen und der lateinischen Schweiz. Während die Initiative westlich der Saane und südlich des Gotthards keine klaren ablehnenden oder zustimmenden Mehrheiten findet, sind die DeutschschweizerInnen mit 61 Prozent Nein-Anteil eindeutig dagegen. Die Romandie hingegen tendiert mit 45 Prozent Zustimmung und 42 Prozent Ablehnung ganz leicht in Richtung Annahme, das Tessin mit einem hohen 20-prozentigen Anteil Unentschlossener ganz leicht in Richtung Ablehnung.

Bei der Betrachtung nach Altersgruppen fällt auf, dass die Initiative bei den 18 bis 39-jährigen auf mehr Resonanz stösst als bei den älteren Generationen. Während die jüngeren teilnahmewilligen Stimmberechtigten „nur“ zu 48 Prozent auf der Nein-Seite stehen und 39 Prozent für die Initiative stimmen wollen, sind bei den Mittelalterlichen und den Älteren absolute Mehrheiten von 57 Prozent bzw. 59 Prozent dagegen.

Der Bildungsgrad der Stimmberechtigten hat insofern einen signifikanten Einfluss auf die Stimmabsicht, als dass sich die tiefer Gebildeten über ihre Stimmabsicht noch weniger im Klaren sind als die Absolventinnen und Absolventen einer Berufsschule oder einer Hochschule. Unter ihnen ist mit 26 Prozent der Anteil der Unentschlossenen noch sehr hoch.

Ein ähnlicher Befund liegt auch für den signifikanten Unterschied in der Stimmabsicht zwischen den Geschlechtern vor. Während die meisten Männer schon wissen, wie sie abstimmen werden, ist noch jede sechste Frau unentschlossen.

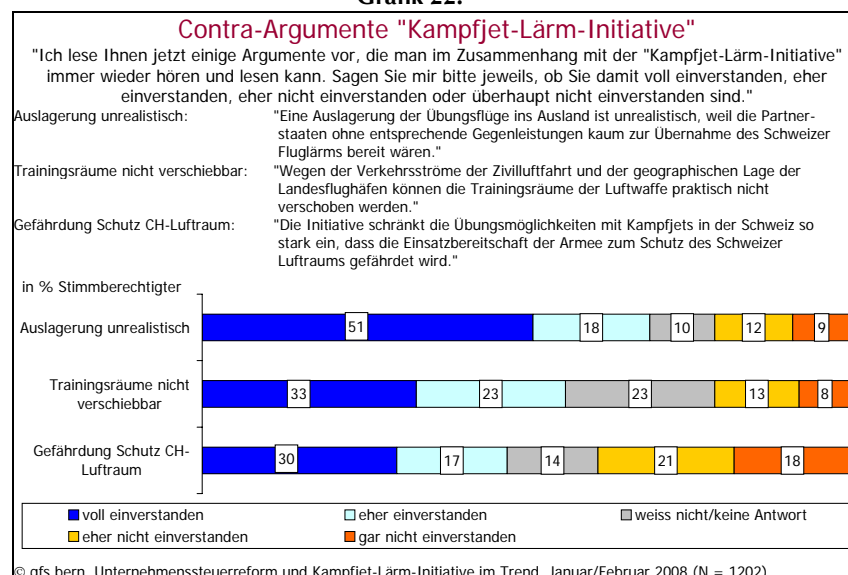
Der Argumentebewertung

Das gegenwärtig populärste Argument rund um die Kampfjetlärm-Initiative ist die Botschaft, dass eine Auslagerung der Übungsflüge mit Kampfjets ins Ausland unrealistisch sei, da die Partnerstaaten ohne entsprechende Gegenleistung kaum bereit wären, den Schweizerischen militärischen Fluglärm zu übernehmen. Mit diesem gegen die Initiative gerichteten Argument sind 51 Prozent der befragten Stimmberechtigten voll einverstanden, weitere 18 Prozent neigen auch in diese Richtung.

Ebenfalls klar mehrheitsfähig (mit 33 Prozent voll Einverständener und 23 Prozent eher Einverständener) ist die Feststellung, dass wegen der Verkehrsströme der Zivilluffahrt und der geographischen Lage der grossen zivilen Flughäfen eine Verschiebung der Trainingsräume der Luftwaffe in sicher nicht touristisch genutzte Gebiete kaum möglich sei. Allerdings kann dieses Argument mit einem Anteil von 23 Prozent von vielen nicht beurteilt werden, setzt es denn auch etwas Wissen um die Verkehrssituation im schweizerischen Luftraum voraus.

Das eigentliche Hauptargument der InitiativgegnerInnen, bei einer Annahme der Initiative könne die Einsatzbereitschaft der Luftwaffe und damit der Schutz des schweizerischen Luftraumes nicht mehr gewährleistet werden, ist gleichzeitig auch das umstrittenste Contra-Argument. Zwar stimmt eine relative Mehrheit von 47 Prozent der Befragten diesem Argument mindestens eher zu, mit 39 Prozent, die damit gar nicht oder eher nicht einverstanden sind, existiert jedoch auch eine grosse Gruppe, die diese Einschätzung der Initiative durch Bundesrat, Parlament und die Armee nicht teilen.

Grafik 22:

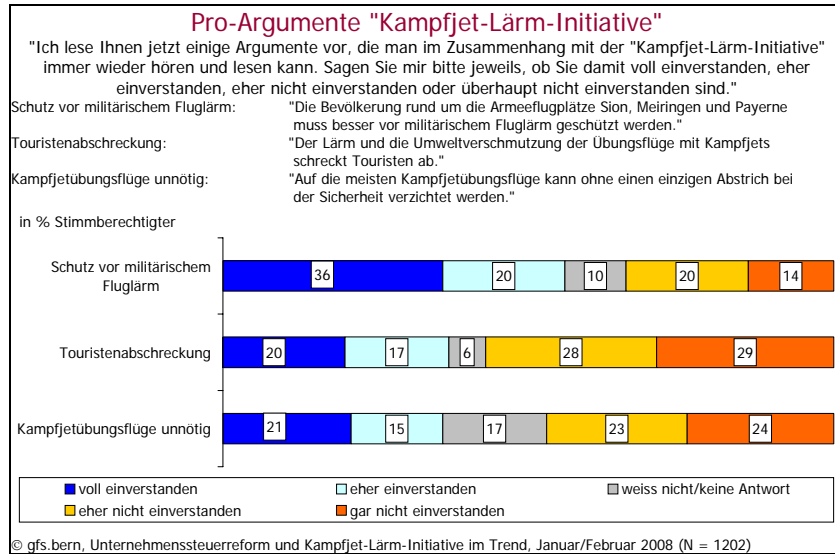


Für die Initiative spricht für eine Mehrheit der Stimmberechtigten das Anrecht auf besseren Schutz der AnwohnerInnen der Armeeflugplätze vor militärischem Fluglärm. Voll und ganz dieser Auffassung sind 36 Prozent, zusätzliche 20 Prozent tendieren in diese Richtung. Allerdings sind auch 34 Prozent entweder voll oder eher der Meinung, dies sei kein Argument für die Initiative.

Mehr Widerspruch als Zustimmung generiert die Aussage, der militärische Flugbetrieb schrecke Touristen ab. Gar nicht mit diesem Argument der InitiantInnen einverstanden zeigen sich 29 Prozent, weitere 28 Prozent sind eher nicht dieser Ansicht. Dem stehen 20 Prozent gegenüber, die überzeugt sind, Touristen werden durch die Emissionen der Jets vergrault und weitere 17 Prozent, die zu dieser Ansicht tendieren.

Auch die Behauptung, die meisten Kampffjetübungsflüge seien grundsätzlich unnötig, stösst auf mehr Ablehnung (24 Prozent sind überhaupt nicht einverstanden, 23 Prozent eher nicht) als Zustimmung (21 Prozent voll einverstanden, 15 Prozent eher einverstanden).

Grafik 23:



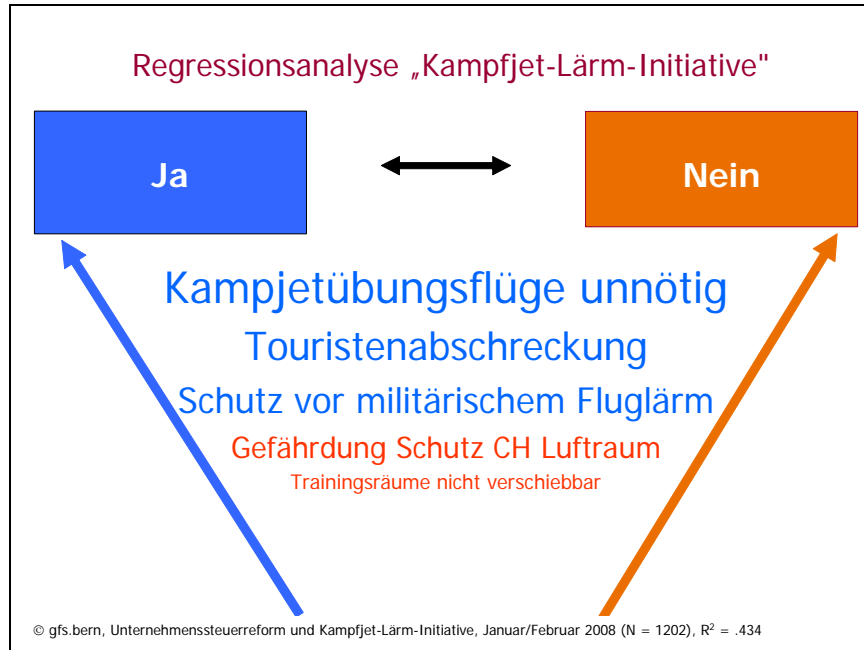
Damit verfügen beide Seite über mehrheitsfähige Argumente. Auf der Nein-Seite sind sie aber zahlreicher und breiter akzeptiert, die Argumente der Ja-Seite generieren zum Teil heftigen Widerspruch.

Tabelle 1:Klassierung der Argumente nach Mehrheitsfähigkeit

	Pro-Argumente	Contra-Argumente
mehrheitsfähig	<ul style="list-style-type: none"> • Schutz vor Fluglärm für Anwohner der Flugplätze 	<ul style="list-style-type: none"> • Auslagerung der Übungsflüge ist unrealistisch • Trainingsräume nicht verschiebbar
nicht mehrheitsfähig	<ul style="list-style-type: none"> • Touristenabschreckung • Kampfjetübungsflüge unnötig 	<ul style="list-style-type: none"> • Gefährdung Schutz CH-Luftraum

Ob ein Argument mehrheitsfähig ist oder nicht, sagt aber nichts darüber aus, ob ein Argument auch eine Wirkung auf das Stimmverhalten hat. Dies wird geprüft, in dem man mittels einer Regressionsanalyse die Stärke und Richtung des Zusammenhangs der Bewertung der Argumente mit der jeweiligen Stimmabsicht der Abstimmungsteilnehmewilligen berechnet.

Grafik 24:



Das Ergebnis dieser Analyse zeigt, dass die Argumente der Ja-Seite alle eine Wirkung auf die Stimmabsicht entfalten konnten. Wer mit den Argumenten einverstanden ist, Kampfjetübungsflüge seien unnötig, schreckten Touristen ab und die Bevölkerung brauche mehr Schutz vor militärischem Fluglärm, wird mit grosser Wahrscheinlichkeit die Initiative annehmen. Den Ausschlag für die Absicht, mit „Nein“ zu stimmen, gibt die Zustimmung zu den Botschaften, die Initiative gefährde den effektiven Schutz des schweizerischen Luftraumes und die Trainingsräume der Luftwaffe seien gar nicht aus den touristisch genutzten Gebieten verschiebbar.

Grafik 25:

**Parteispezifische Wirkungen der Argumente
Kampfjetlärm-Initiative**

Argument	Grüne	SP	Ungebundene	CVP	FDP	SVP
Gefährdung Schutz	n.s.	n.s.	n.s.	stark negativ	stark negativ	stark negativ
nicht verschiebbar	n.s.	mittel negativ	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Auslagerung unrealistisch	mittel negativ	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.	n.s.
Übungsflüge verzichten	stark positiv	mittel positiv	stark positiv	mittel positiv	mittel positiv	mittel positiv
Touristenabschreckung	mittel positiv	n.s.	mittel positiv	n.s.	mittel positiv	n.s.
Schutz Betroffene	stark positiv	stark positiv	n.s.	mittel positiv	n.s.	schwach positiv

Als nicht gross polarisierend erweist sich vorerst das Argument, eine Auslagerung der Übungsflüge sei unrealistisch. Das hat damit zu tun, dass sowohl GegnerInnen wie Befürwortende der Vorlage diesem Argument zustimmen, daraus aber keine Schlüsse für ihre Stimmabsicht ziehen.

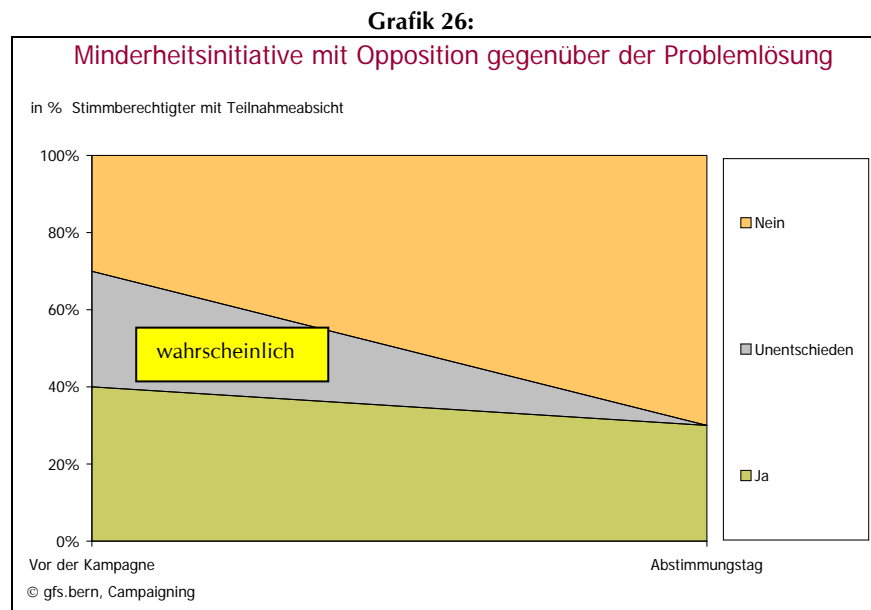
Das Fazit

Aufgrund der repräsentativen Befragung von 1202 Stimmberechtigten scheint eine Ablehnung der von der Fondation Franz Weber lancierten Volksinitiative „Gegen Kampffjetlärm in Tourismusbereichen“ zum heutigen Zeitpunkt wahrscheinlich.

Eine absolute Mehrheit der Stimmberechtigten spricht sich drei Wochen vor der Abstimmung gegen die Initiative aus. Opposition erwächst der Vorlage vornehmlich aus dem bürgerlichen Lager, den ländlichen und kleinstädtischen Siedlungsräumen, der Deutschschweiz sowie der mittelalterlichen und älteren Bevölkerung. Einzig im rot-grünen Lager findet sich eine Mehrheit für die Einschränkung der Übungsflüge mit Kampffjets in touristisch genutzten Gebieten.

Zwar verfügen die Initiativ-Befürwortenden über drei wirksame Argumente, nur eines davon ist aber mehrheitsfähig. Dies reicht nicht aus, um die zwei mehrheitsfähigen und wirksamen Argumente der Gegnerschaft zu kontern.

Aufgrund des Dispositionsansatzes gehen wir deshalb davon aus, dass sich gemäss dem normalen Muster der Meinungsbildung bei Minderheitsinitiativen mit merklicher Opposition (exemplarische Darstellung des Meinungsbildungsprozesses in untenstehender Grafik) die Nein-Seite noch weiter ausbauen kann und die Ja-Seite sich höchstens auf dem gegenwärtigen Stand halten kann.



Aufgrund der sich gegenwärtig zeigenden Lage über das Meinungsklima zur Kampffjetlärm-Initiative gehen wir also von einer eindeutigen Ablehnung der Vorlage am 24. Februar aus.

Die Thesen:

These 1:

- Der Ausgang der Unternehmensteuerreform ist aufgrund der Stimmabsichten noch offen.
- Die Ja-Seite hat aber Vorteile, sowohl bei den Stimmabsichten wie auch beim Konfliktmuster und den Hauptbotschaften im Abstimmungskampf.
- Der Nein-Seite ist es bisher nicht gelungen, das befürwortende bürgerliche Lager aufzuspalten oder ihre WählerInnen für sich zu gewinnen.
- Die Modellfrage, die teilweise von rechts her kritisiert wird, hat bisher nur einen leicht verunsichernden Einfluss gehabt. Sie ist aber kaum entscheidungsrelevant geworden.

These 2:

- Die Ablehnung der Kampfjetlärm-Initiative ist wahrscheinlich.
- Die Nein-Seite hat Vorteile sowohl bei den Stimmabsichten wie auch beim Konfliktmuster und den Hauptbotschaften im Abstimmungskampf.
- Den InitiantInnen ist es bisher nicht gelungen, zu Verbündeten der direkt Betroffenen zu werden.

These 3:

- Das Interesse an den Abstimmungen vom 24. Februar 2008 ist beschränkt.
- Die bisherige Mobilisierungsbereitschaft ist leicht unterdurchschnittlich.

Das gfs.bern Team

[Identität]



CLAUDE LONGCHAMP

Politikwissenschaftler.
Institutsleiter, Verwaltungsrat
Schwerpunkte: Abstimmungen, Wahlen,
Parteien, Europäische Integration,
Technologiepolitik, politische Kultur und
politische Kommunikation, Geschichte
und Methoden der Demoskopie.

[Identität]



Matthias Bucher

Sozialpsychologe. Projektleiter gfs.bern.
Schwerpunkte: Einstellungsforschung,
Gesellschaftsthemen, Abstimmungen, Wahlen, ad
hoc-Studien, quantitative Methoden.

[Identität]



STEPHAN TSCHÖPE

Datenanalytiker/Programmierer.
Schwerpunkte: Komplexe Datenanalytik,
EDV- und Befragungs-Programmierungen,
Hochrechnungen, Parteienbarometer,
Visualisierung.

[Identität]



SILVIA-MARIA RATELBAND-PALLY

Administratorin
Schwerpunkte: Desktop-Publishing,
Visualisierungen, Projektadministration,
Vortragsadministration.